

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	Fehler! Textmarke nicht definiert.

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	21
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	28
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Mali

Nach dem Ende des Militärregimes im Jahre 1991 wurde das malische Verteidigungsbudget erheblich verringert. In der Folge sank die Gesamtzahl an einsatzfähigen Großwaffensystemen. Eine Modernisierung der bestehenden Arsenale, die überwiegend noch aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, hat in den vergangenen Jahren kaum stattgefunden. Modernere Waffensysteme wie der Z-9 Mehrzweckhubschrauber aus China oder die bulgarischen Transporthubschrauber vom Typ AS350 bilden eher die Ausnahme. Neben geringen finanziellen Ressourcen ist der limitierte Import militärischer Großwaffensysteme auch auf einen Mangel an qualifiziertem Personal zurückzuführen.

Seit der Militärintervention Frankreichs in Folge des gewaltsamen Aufstandes von Tuareg und radikalen Islamist:innen 2013 sind die Verteidigungsausgaben Malis allerdings wieder stark gestiegen. So wurde beispielsweise damit begonnen, die Kapazitäten der nationalen Luftwaffe, u. a. durch den Erwerb von Kampf- und Transportflugzeugen, auszubauen. Wichtigster Lieferstaat von Waffen für Mali war in den letzten Jahren Russland, gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten, Brasilien und Spanien. Auch Deutschland lieferte im Rahmen der MINUSMA-Friedensmission der Vereinten Nationen seit 2013 Rüstungsgüter nach Mali – darunter Schutzwesten, LKWs, Minenräumgeräte, einen Multifunktionsradar sowie Gewehre, Maschinenpistolen und Munition. Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) erhielt Mali in der Vergangenheit überwiegend aus China, Russland und europäischen Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien. Deren kaum kontrollierte Proliferation – eine der Ursachen der Gewalteskalation 2012 – stellt auch heute noch ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. So versorgen sich terroristische Netzwerke und Tuareg-Söldner:innen im Norden und im Zentrum des Landes mit SALW, häufig auch aus eroberten Waffenarsenalen des malischen Militärs. Vielfach gelangen SALW über Nachbarstaaten in das Land. Eine eigene Rüstungsindustrie existiert nicht. Lediglich für die Produktion von Munition gibt es eine Fabrik. Der malische Staat ist fast ausnahmslos auf den Import von Rüstungsgütern angewiesen.

Besäß Mali bis zum Ende der Militärdiktatur in den frühen 1990er Jahren noch eine der personalstärksten Armeen Westafrikas, umfasst das Militär derzeit lediglich 13.000 aktive Soldat:innen. Mithilfe der UN-Friedensmission MINUSMA, der europäischen EUTM Mali und der französischen Operation Barkhane versuchen diverse internationale Kräfte derzeit, den malischen Staat zu stabilisieren. Als eines der ärmsten Länder der Welt hat Mali im internationalen Vergleich einen verhältnismäßig niedrigen Militarisierungsgrad. Speziell die geringe operative Mobilität des Militärs, bei gleichzeitig anspruchsvollen topographischen Gegebenheiten und einer schlechten Infrastruktur, erschweren den Kampf gegen militante Rebell:innengruppen und Dschihadist:innen in der Sahel-Region. Die Ausstattung mit modernen Rüstungsgütern und die Professionalisierung des Personals durch internationale Ausbildungsmissionen sollen diese Defizite im militärischen Sektor überwinden.

Die Beziehung zwischen Militär und Gesellschaft ist schwierig und geprägt von der jahrzehntelangen Militärdiktatur unter Moussa Traoré und mehreren militärischen Putschversuchen bzw. geglückten Putschen zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen (wie etwa im August 2020 und im Mai 2021). Aufgrund der hohen Korruption, [Menschenrechtsverletzungen durch die malische Armee im Rahmen von Antiterroroperationen](#), der Beteiligung am Schmuggel sowie grenzüberschreitendem Handel mit Drogen, Menschen und Waffen und der Versäumnis des malischen Sicherheitsapparats, die Bevölkerung adäquat zu schützen, ist das Vertrauen der Zivilbevölkerung in das Militär gering. Dies korreliert mit dem geringen Rückhalt der Zentralregierung innerhalb der Bevölkerung, insbesondere im Norden des Landes. Aufgrund der Ohnmacht der Streitkräfte bei der Gewalteskalation im Januar 2012 gründete sich im Norden Malis eine Vielzahl an einheimischen Selbstverteidigungsmilizen, welche die Bevölkerung vor Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch radikale Islamist:innen schützen wollen. Im Zuge der Ausbreitung islamistischer Gruppen in der Region um Mopti (seit 2015) formierten sich bewaffnete Selbstverteidigungsgruppen ebenfalls im Zentrum des Landes. Dies führte zu einer weiteren Zunahme bereits bestehender Spannungen und gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen den dortigen ethnischen Bevölkerungsgruppen. Auch innergemeinschaftliche Konflikte haben in den letzten Jahren zugenommen.

Neben der Armee besteht der malische Sicherheitsapparat aus drei Einheiten: Der *Police Nationale*, *Gendarmerie* und *Garde nationale*, die alle dem Ministerium für innere Sicherheit und Zivilschutz unterstehen. Mali weist weltweit die geringste Anzahl an Polizeikräften im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte auf. Die bisherige Dysfunktionalität des Polizeisektors soll ebenfalls durch internationale Trainings- und Ausbildungsmissionen, bspw. der EUCAP Sahel Mali, überwunden werden.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Das westafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten, darunter dem Chemiewaffen-Protokoll von 1928 und der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978. Rüstungskontrolle, vor allem von Klein- und Leichtwaffen ist für die derzeitige malische Regierung jedoch ein wichtiges Thema, da diese als eine der zentralen Voraussetzungen zur Gewährleistung einer langfristigen innerstaatlichen Stabilität angesehen wird. Bereits im Dezember 2013 ratifizierte Mali den Arms Trade Treaty (ATT). Mali, dessen Verfassung die Menschenrechte formal garantiert (Verfassungsreformen sind im Zuge des Algiers Friedensabkommens (2015) bereits seit geraumer Zeit geplant, wurden allerdings aufgrund der politischen und sozialen Umwälzungen und nationalen Krisen immer wieder aufgeschoben), ist allen Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen beigetreten. Allerdings hat sich in Folge gewalttätiger Übergriffe und Anschläge durch terroristische Organisationen sowie durch die Eskalation ethnischer, interkommunaler Gewaltkonflikte vor allem im Zentrum des Landes die Menschenrechtssituation in den letzten Jahren insgesamt drastisch verschlechtert. Die Gewalt richtet sich oftmals direkt gegen Zivilist:innen, hierzu zählen unter anderem auch Angriffe auf zivile Infrastruktur und die gezielte Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung in den von Gewalt betroffenen Gebieten. Die Vereinten Nationen und andere Menschenrechtsorganisatio-

nen berichten außerdem von willkürlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen, willkürlichen Festnahmen und Inhaftierung, Todesdrohungen, Einschüchterung und Zwangsrekrutierung. Die malische Regierung macht [kaum Fortschritte bei der strafrechtlichen Verfolgung](#) derjenigen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verbrechen der letzten Jahre verantwortlich sind. Auch Verstöße, die den malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräften zugeschrieben werden, blieben in der kürzeren Vergangenheit vielfach ungeahndet. Dies ist zum Teil darin begründet, dass das Justizsystem aufgrund der äußerst prekären Sicherheitssituation in einigen Regionen in Nord- und Zentralmali kaum funktionsfähig ist.

Auch die Situation von Homosexuellen, Frauen und Mädchen in Mali ist als äußerst besorgniserregend einzustufen. Laut dem [Gender Inequality Index](#) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (2020) liegt Mali auf Platz 184 von insgesamt 189 Ländern. Die verschlechterte Sicherheitslage in weiten Teilen des Landes führt dazu, dass die Rechte von Mädchen und Frauen vielfach untergraben werden. In ‚gesetzlosen‘ Gebieten, in denen der Staat kaum oder gar nicht präsent ist, sind sie einem hohen Risiko sexueller Gewalt ausgesetzt. Die Tradition der weiblichen Genitalverstümmelung und Sklaverei sind in Teilen Malis weiterhin verbreitet. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt und Angriffe auf Journalist:innen haben zugenommen. Auch die Korruptionsrate ist hoch. Die Todesstrafe ist rechtens, wird allerdings seit Jahren nicht mehr praktiziert.

Die Vielzahl divergierender Gewaltakteure, zumeist zurückgezogen in der unkontrollierten Sahel-Wüstenregion, birgt gegenwärtig das größte innerstaatliche Konfliktpotenzial. Die Bedrohung durch terroristische Anschläge ist sehr hoch. Sprengstoffanschläge und Raketenangriffe islamistischer Gruppen richten sich dabei gleichermaßen gegen Zivilist:innen, nationale Militärs, französische und UN-Blauhelmsoldat:innen – und beschränken sich mittlerweile nicht ausschließlich auf den Norden des Landes. Der Friedensvertrag zwischen den wichtigsten Rebell:innengruppen und der Zentralregierung von 2015, ausgehandelt mithilfe der Vereinten Nationen und Algeriens, soll langfristig Frieden und Stabilität bringen, aber dessen Implementierung schreitet nur zögerlich voran angesichts des mangelnden politischen Willens der Konflikttakteure. Die Ausbreitung des islamistischen Terrors stellt für die politische Situation der gesamten westafrikanischen Region ein akutes Problem dar.

Mali besitzt eine nationale Gesetzgebung zum Privatbesitz von Waffen sowie deren regionaler Kontrolle. In der Realität existiert jedoch ein großer Schwarzmarkt zum illegalen Erwerb veralteter und gestohlener Waffensysteme. Trotz des Beitritts zu allen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung vereinfacht insbesondere die weiterhin hohe Korruption und organisierte Gewalt den privaten Zugang zu Waffen. So ist der illegale Waffenhandel, wie in der gesamten Region, weit verbreitet. Speziell im Norden des Landes ist ein Netzwerk aus Schmuggler:innen und Staatsbeamt:innen entstanden, das davon profitiert, dass viele Staatsgrenzen von nicht-staatlichen oder semi-autonomen Gruppierungen wie den Tuareg kontrolliert werden.

Armut und Unterentwicklung stellen, in Kombination mit einem weiterhin hohen Bevölkerungswachstum, ein akutes Problem dar. Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Zudem herrschen in Mali ein geringes Bildungsniveau und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Medizinisch ist das Land unterversorgt, was auch zu einer hohen Mutter- und Kindersterblichkeit führt. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ebenfalls unzureichend.

Mali orientiert sich zunehmend marktwirtschaftlich; die Privatisierung von Staatsunternehmen schreitet langsam voran. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dürfte neben günstigen Bedingungen für die Landwirtschaft stark von einer stabilen Sicherheitslage und der finanziellen Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft abhängen. Die wichtigsten Handelspartner sind Frankreich und China.

Der jüngste „Putsch im Putsch“ scheint weniger gesellschaftlichen Rückhalt in der Bevölkerung zu finden wie der Staatsstreich im August 2020. Dennoch verlief auch der erneute Putsch relativ gewaltlos. Es bleibt weiterhin abzuwarten, wie sich die angekündigten Neuwahlen unter der Übergangsregierung darstellen werden.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	---	---
2000	---	---
2001	---	---
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	LKW: 84,3%	0,26
2007	---	---
2008	Splitterschutzwesten, Splitterschutzvisiere und Kampfstiefel: 100%	0,03
2009	LKW und Kran: 100%	0,14
2010	LKW: 100%	1,26
2011	Pontonbrücken und Teile für Pontonbrücken: 75,7% LKW: 24,3%	0,78
2012	---	---
2013	Ballistische Schutzwesten und ballistische Einschübe: 71,4%; LKW [VN-Mission], Minenräumgeräte [VN-Mission] und Teile für Minenräumgeräte [VN-Mission]: 27,5%	10,56
2014	Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mission] und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mis- sion], Revolver [VN-Mission], Pistolen [VN-Mission]: 68,1%; Munition für Ge- wehre [VN-Mission], Revolver [VN-Mission] und Pistolen [VN-Mission]: 20,9%	0,47
2015	LKW [VN-Mission] und Teile für LKW [VN-Mission], Minenräumgeräte [VN-Mis- sion]: 52,3 %	3,22

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Multifunktionsradar [VN-Mission] und Teile für Multifunktionsradar [VN-Mission]: 42,8%	
2016	Zielentfernungsmesssysteme, Justierausrüstung und Teile für Zielentfernungsmesssysteme, Multifunktionsradar [VN-Mission]: 36,4% Minenschutzanzüge und ballistische Einschübe für Körperschutzwesten: 30,0% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 23,2%	2,77
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission], LKW und Teile für LKW: 83%	4,68
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission], Feldumschlaggeräte und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission], Feldumschlaggeräte: 38,6% Helme, ballistische Schutzwesten und Teile für Körperpanzer [Ertüchtigungsinitiative]: 33,1% Bodenüberwachungsradar [VN-Mission] und Teile für Bodenüberwachungsradar [VN-Mission]: 24,4%	2,70
2019	LKW, Sattelzugmaschinen, Tieflader, Kran und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 54,7% Teile für Radarsysteme [VN-Mission]: 26,4%	2,76
2020	Geländewagen mit Sonderschutz: 94,2%	0,51
2021	Helme, Körperpanzer, Schutzkleidung und Körperpanzer-Schutzplatten: 67,0% Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Schutz, LKW, Geländefahrzeuge [VN-Mission]: 22,3%	0,97

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

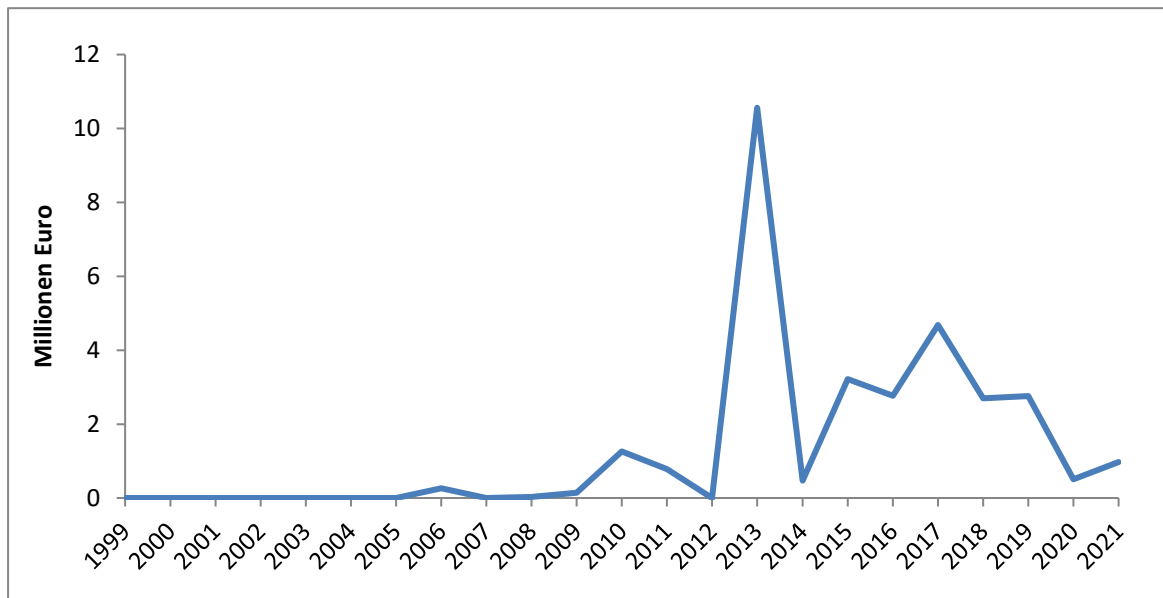
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2021

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Mali 2000-2021

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2021 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Mali geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Mali 2017-2021, Mio. TIV¹

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	31	25	17	44	33	150

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Mali 2017-2021, Mio. TIV

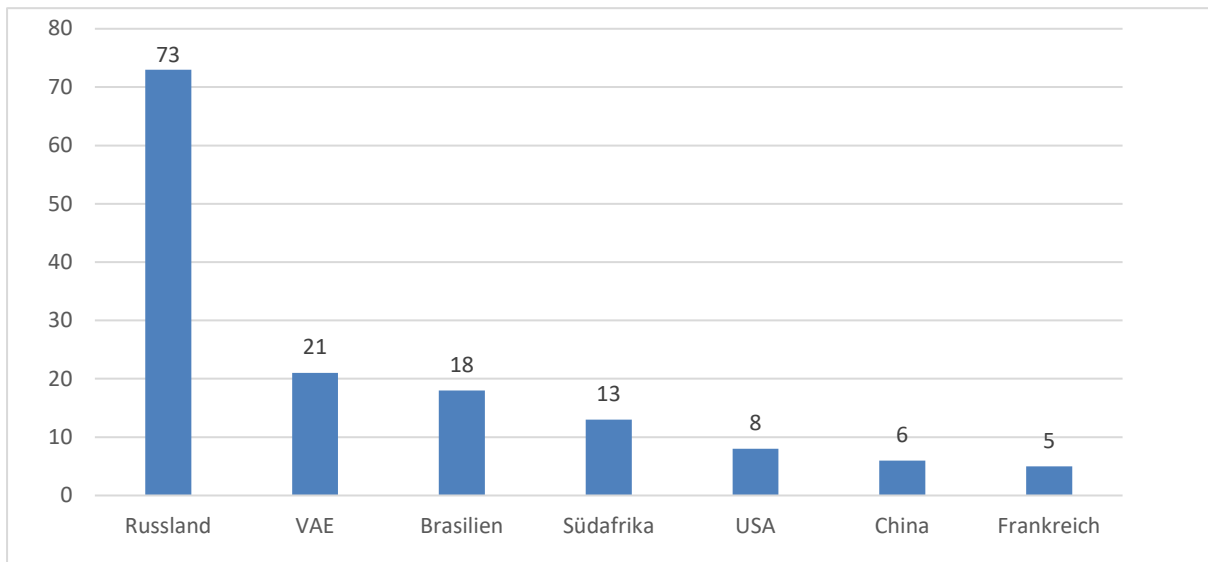
Da Deutschland keine Großwaffensysteme nach Mali lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. TIV



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Mali zwischen 2017 und 2021 die 71. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Russland, der wichtigste Rüstungslieferant in diesem Zeitraum, exportierte 2017 bis 2021 vier Kampfhubschrauber vom Typ Mi-35M sowie vier bewaffnete Transportheli-

hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

kopter vom Typ Mi-8MT/Mi-17 nach Mali. Die VAE lieferten 2020 30 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Cougar und 100 des Typs Typhoon. Brasilien exportierte 2018 vier Kampfflugzeuge (Typ EMB-314 Super Tucano). Aus Spanien bezog Mali im Jahr 2016 ein Transportflugzeug vom Typ C-295. Ein weiteres Flugzeug vom selben Typ bestellte es 2020; die Lieferung steht bisher jedoch noch aus. Zwei weitere Trainingsflugzeuge (Typ LH-10 Ellipse), sechs leichte Flugzeuge (Typ Tétrás) sowie zwei gebrauchte Transporthubschrauber (Typ AS-532 Cougar/AS-332) wurden Mali zwischen 2010 und 2020 aus Frankreich geliefert. Im Jahr 2020 stiftete die Europäische Union überdies 13 aus Frankreich stammende gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Bastion. Rüstungsimporte bezog Mali auch aus China. Dieses lieferte seit 2017 gepanzerte Personentransporter (drei Tiger und sechs WZ-551) sowie zwei Leichttransportflugzeuge (Y-12).

Wie in vielen Staaten des afrikanischen Kontinents wurden auch in Mali in den vergangenen Jahren verhältnismäßig wenige moderne Großwaffensysteme importiert: Ein Großteil der importierten Waffensysteme in Mali ist gebraucht. Seit dem UN-Mandat für die Friedensmission MINUSMA und die europäische Ausbildungsmission EUTM erhält das malische Militär durch finanzielle und materielle Unterstützung Rüstungsgüter aus diversen Staaten. So lieferte auch Deutschland seit 2013 unter anderem Transportfahrzeuge, Minenräumergeräte, Radarsysteme und Schusswaffen in zweistelliger Millionenhöhe nach Mali an die dortige UN-Mission. Zwischen 2019 und 2021 finanzierte Deutschland zudem 20 Puma M-26-, sowie 51 gebrauchte Casspir-Personentransporter aus südafrikanischer Produktion.

Vor 2012 importierte der malische Staat Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Munition insbesondere aus China, Russland, Italien, Frankreich, Spanien, dem Senegal und der Türkei. Viele dieser Waffen gelangten in die Hände von Rebell:innengruppen. Dies trug mit zur Gewalteskalation 2012 bei. Speziell nach dem Fall des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi versorgten sich Rebell:innengruppen und radikale Islamist:innen auch über illegale Handelswege mit Waffen aus ehemals libyschen Beständen. So gelangten sie unter anderem auch an Raketenwerfer vom Typ BM-21 und schultergestützte Boden-Luft-Raketen (man-portable air defense systems, MANPADS). Die USA und Frankreich belieferten 2011 trotz eines bestehenden Waffenembargos libysche Oppositionskräfte mit Kleinwaffen, die von zurückkehrenden Tuareg-Söldner:innen nach Beendigung der Kampfhandlungen und des Machtvakuum nach Mali eingeführt wurden. So sind derzeit auch Schusswaffen aus NATO-Staaten wie Belgien und Portugal in Malis Norden im Umlauf. Da diverse malische Staatsgrenzen von nicht-staatlichen und semi-autonomen Gruppierungen kontrolliert werden, erhalten die Aufständischen Rüstungsgüter über den illegalen Waffenhandel z. B. aus Algerien, Burkina Faso und anderen Staaten der Region. Häufig gelingt es Rebell:innengruppen darüber hinaus, Waffenarsenale des malischen Militärs zu erobern. So erbeuteten Aufständische im Mai 2014 bei Kämpfen in der nördlich gelegenen Stadt Kidal mehrere Tonnen Waffen und Munition. Zusätzlich konnten 50 neue Geländefahrzeuge in Besitz genommen werden, welche die EU der malischen Armee zur Unterstützung des militärischen Trainings geliefert hatte.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

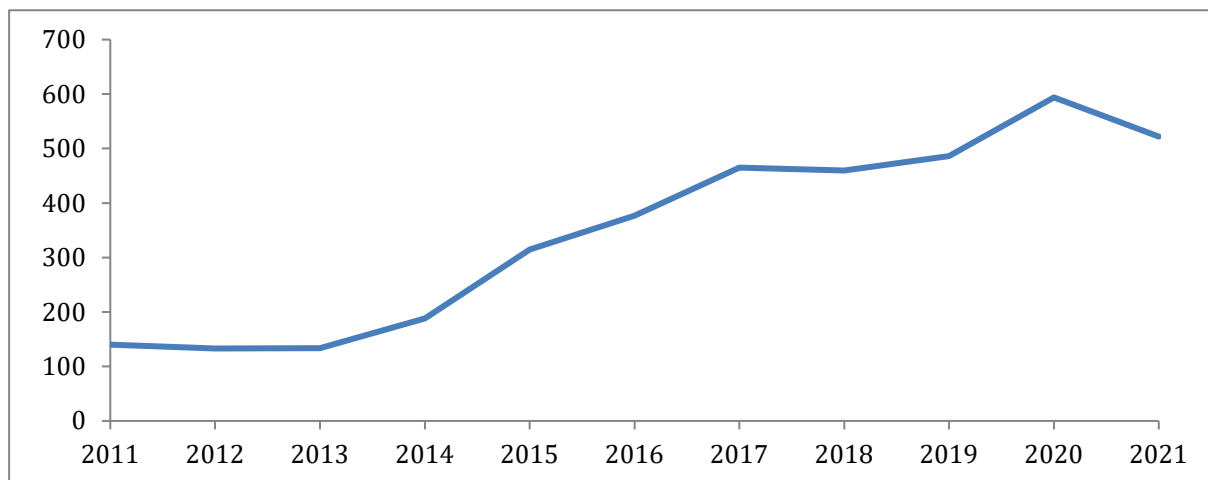
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	465	460	486	594	522
Anteil am BIP (in Prozent)	3,0	2,8	2,7	3,3	2,8
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	13,2	13,9	11,9	13,0	10,5

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

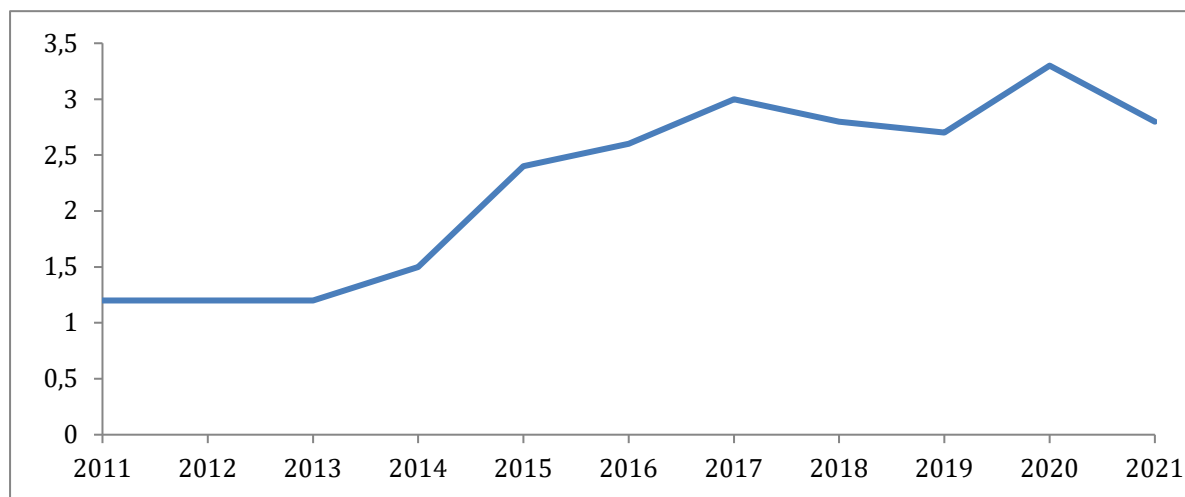


Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Abgesehen von Südafrika existiert in kaum einem Staat des afrikanischen Kontinents gegenwärtig eine funktionierende und moderne lokale Rüstungsindustrie, sodass die große Mehrheit der Waffensysteme aus dem Ausland beschafft werden muss. Ursächlich hierfür ist unter anderem, dass während des Kalten Krieges die jeweiligen Großmächte ihre Verbündeten auf dem Kontinent großzügig mit Rüstungsgütern ausstatteten. Dies verhinderte in diesen Jahrzehnten die Entwicklung einer eigenen Rüstungsindustrie.

Auch Mali ist fast ausnahmslos auf Rüstungsimporte für die Ausrüstung seiner Streitkräfte angewiesen. Mangelnde Eigenproduktion und geringe finanzielle Ressourcen für die Wartung der Waffenarsenale, den Einkauf von Ersatzteilen und die Vermittlung von Fachexpertise an Militärpersonal sind ausschlaggebend für die geringe militärische Kapazität des Landes. Lediglich für die Produktion von Munition existiert eine lokale Fabrik, die in den vergangenen Jahren neben der Ausstattung der eigenen Streitkräfte primär den Nachbarstaat Burkina Faso mit Munition für Kleinwaffen und leichte Waffen versorgt hat. Ansonsten verfügt Mali lediglich über begrenzte Wartungsfähigkeiten.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

21.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 19.000

Luftwaffe: 2.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 20.000, davon:

Gendarmerie: 6.000

National Guard: 10.000

National Police: 1.000

Militia: 3.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2013-2021**

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	3	4	6	8	10	10	13	13	21
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,7	0,6	1,0

Quellen: IISS Military Balance 2014-2022, World Bank

Kommentar

Besaß Mali bis zum Ende der Militärdiktatur in den frühen 1990er Jahren noch eine der stärksten Armeen Westafrikas, umfasst die derzeitige malische Truppenstärke 21.000 aktive Soldat:innen. Diese waren 2012 mit einer Stärke von 7.000 Personen nicht in der Lage, die Eroberung größerer Teile des Landes durch Tuareg-Rebell:innen und fundamentalistische Islamist:innen zu verhindern, das staatliche Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Die malische Regierung musste Frankreich im Januar 2013 um militärische Unterstützung bitten, die mittels Luftangriffen und Bodentruppen erfolgte.

Der niedrige Militarisierungsgrad – 2015 lag die Anzahl der Streitkräfte bei 4.000, ein Rückgang der Streitkraftstärke von über 50 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000 – ist auf die begrenzten finanziellen Ressourcen der Streitkräfte durch die malische Regierung zurückzuführen. Der Anteil der Soldat:innen an der Bevölkerung (pro 1.000 Einwohner:innen) betrug 2014 lediglich 0,2 – ein Rückgang um ganze 70 Prozent zum Jahr 2000. Hier zeigen sich die Folgen der gewaltsamen Eskalation 2012/13, in Folge derer viele Soldat:innen gestorben und andere desertiert sind. Von da an konnten aber erfolgreich neue Streitkräfte rekrutiert werden, sodass die Stärke der Streitkräfte 2017 auf 10.000, 2019 dann auf 13.000 und im Jahr 2021 schließlich auf 21.000 stieg.

Zur Stabilisierung des Landes ist das malische Militär auf die Unterstützung ausländischer Soldat:innen unterschiedlichster Friedensmissionen angewiesen. Über 15.000 vornehmlich aus afrikanischen Staaten gestellte Blauhelmsoldat:innen der UN-Mission MINUSMA sind in wichtigen Bevölkerungszentren präsent, unterstützen den politischen Prozess sowie die Wiederherstellung der staatlichen Autorität, was sich angesichts der kritischen Sicherheitslage und immer wieder aufflammender Gewaltkonflikte und terroristischer Gewaltakte als äußerst schwierig darstellt. Darüber hinaus befanden sich zeitweise bis zu rund 5.100 französische Soldat:innen im Rahmen der Operation Barkhane in der Sahelregion, darunter in Mali. Juni 2021 wurde, in Reaktion auf den erneuten Putsch im Mai, die Reduktion bzw. die Beendigung der Operation durch Frankreich angedroht. Später wurde auch von malischer Seite aus ein Truppenabzug gefordert; mittlerweile ist der Abzug französischer Soldat:innen aus Mali beschlossen und soll bis Juni 2022 vollendet sein. Ein kompletter Truppenabzug aus der Region ist dabei aber unwahrscheinlich, da sich bereits ein neuer Rahmen für Operationen in der Region in Planung befindet.

Bewaffung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	Mehr als 2	
Aufklärer	Einige	BRDM-2
Gepanzerte Mannschaftstransporter	232	
Artillerie	Mehr als 30	BM-21, D-30

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die Schlagkraft der malischen Landstreitkräfte ist durch die zumeist veralteten Waffensysteme und deren geringe Gesamtkapazität relativ begrenzt. Wie der Gewaltkonflikt 2012 verdeutlichte, ist die derzeitige Truppenstärke von 21.000 Soldat:innen noch immer deutlich zu wenig, um einen konzentrierten Angriff der Aufständischen abzuwehren. Die 50 Soldat:innen umfassende Marine wurde 2013 ins Heer integriert.

Auch bei der Ausstattung der Streitkräfte bestehen weiterhin Mängel. So verfügte das malische Heer bis vor wenigen Jahren lediglich über rund 23 gepanzerte Mannschaftstransporter (4 Bastion; 10 BTR-60PB; 9 BTR-70) sowie einige militärische Spähpanzer vom Typ BRDM-2 und Mehrfachraketenwerfersysteme BM-21 (122mm) – mit Ausnahme der gepanzerten Mannschaftstransporter vom Typ Bastion, die Mali 2016 und 2020 aus Frankreich importierte, alle veraltet aus ehemaligen Beständen der Sowjetunion.

2020 lieferten die Vereinigten Arabischen Emirate 100 Typhoon und 30 Cougar Mannschaftstransporter, was der Unterausstattung in diesem Bereich entgegenwirkte. Eine

umfassende Modernisierung der Heeresausstattung kann ohne finanzielle Unterstützung wohl auch in den kommenden Jahren aber nicht bewerkstelligt werden.

Derzeit werden malische Streitkräfte dazu ausgebildet, Verteidigungsaufgaben wie die innerstaatliche Konfliktbewältigung und Aufstandsbekämpfung zukünftig eigenständig übernehmen zu können. Bisherige Einsätze der Streitkräfte wurden durch einen Mangel an organisatorischer Professionalität, schwache Loyalität der Soldat:innen und einen schlechten Ausbildungsstand – auch der hohen Offizier:innen – in ihrer Effektivität begrenzt. Die USA unterstützten, motiviert durch den „Krieg gegen den Terror“, die malische Armee im Zuge der Pan-Sahel-Initiative und Trans-Saharan Counterterrorism Initiative bereits seit 2007 bei der Ausbildung von militärischem Führungspersonal. Im selben Jahr begann auch die Bundesregierung mit der Unterstützung der malischen Streitkräfte. So wurde ausgemustertes Gerät, darunter 32 LKW, 14 kleine Boote und vier Wolf Geländewagen nach Mali geliefert. Seit 2009 ist Mali ein offizielles Partnerland deutscher Ausstattungshilfe für ausländische Streitkräfte. Darüber hinaus wurde ein Ausbildungszentrum für Pioniere in Mali errichtet. Auch Frankreich unterstützte bereits vor 2013 regionale malische Trainingseinrichtungen. Im Zuge der multinationalen Ausbildungsmission EUTM Mali erhielten bisher 15.000 malische Streit- und Sicherheitskräfte militärische Grundlagenausbildung und Beratung durch die Europäische Union. Der Schwerpunkt der derzeit (Stand: Juni 2021) 103 eingesetzten deutschen Soldat:innen (zusätzlich sind derzeit (Stand: Februar 2022) 520 Soldat:innen der Bundeswehr an der MINUSMA-Mission beteiligt) liegt in der Pionier-, Logistik- und Infanterieausbildung. Darüber hinaus erhält das malische Militär Rüstungsgüter zur Unterstützung, so bspw. die französischen gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeuge vom Typ Bastion im März 2016 sowie diverse Pistolen und Maschinengewehre aus der Slowakei.

Seit 2016 werden die Artillerie-Fähigkeiten des malischen Militärs im Rahmen der EUTM-Mission wiederhergestellt. Aufgrund der zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitslage in der Region um Gao gab die deutsche Bundeswehr im März 2017 bekannt, einen Überwachungsturm zu errichten und Luftabwehrradare zu stationieren, um das Early-Warning zu verbessern. Im Mai 2022 wurde bekannt, dass Deutschland sich nicht mehr an der EUTM-Mission beteiligen möchte.

Tabelle 8
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärungsflugzeuge	1	
Transportflugzeuge	16	Davon 5 im Lager
Ausbildungsflugzeuge	11	Davon 8 im Lager und 5 kampffähig
Kampfhubschrauber	6	
Transporthubschrauber	7	Davon 2 im Lager

Waffenkategorien

Anzahl

Kommentar

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Der derzeitige Bestand der malischen Luftwaffe stammt noch überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion. Moderne Waffensysteme wie der Z-9 Mehrzweckhubschrauber aus China oder die Transporthubschrauber vom Typ AS350 aus Bulgarien bilden eher die Ausnahme. Die sechs Mi-24 bzw. -35 Kampfhubschrauber scheinen aktuell (wieder) einsatzbereit zu sein. Nach Einlagerung verkündete 2016 das malische Militär, seine Mi-24s, Z9s und zwei Leonardo SF-260 (leichte Kampfflugzeuge) zu reaktivieren. Die militärische Kapazität der Luftwaffe soll aber zukünftig weiter ausgebaut werden. So unterzeichnete der malische Verteidigungsminister im Jahr 2015 die Genehmigung zum Import von vier EMB-314 Super Tucano Kampfflugzeugen der Firma Embraer Defense Security aus Brasilien, die 2018 geliefert wurden. Darüber hinaus zeigte sich die malische Regierung sehr interessiert an russischen Kampf- und Transportflugzeugen sowie Hubschraubern vom Typ Mil Mi-35 und Mi-17 des staatlichen Monopol-Rüstungskonzerns Rosoboronexport: 2017 bis 2019 lieferte Russland die vier Kampfhubschrauber. Im Februar 2016 schloss die malische Regierung einen Vertrag mit Airbus Defence and Space über die Lieferung eines C-295 Mehrzwecktransportflugzeugs ab, welche im Dezember desselben Jahres erfolgte. 2020 folgte ein weiteres C-295. Zudem wurden seit 2015 zwei neue Airbus 215 Super Puma Hubschrauber angeschafft. Die Lieferungen sind Teil der Bestrebungen, die Handlungsfähigkeit der malischen Luftwaffe wiederherzustellen. Die operative Mobilität des malischen Militärs ist aufgrund fehlender qualifizierter Streitkräfte und geringfügiger Kapazitäten der Luftwaffe derzeit noch immer gering. Ohne die französische Armee und deren Hubschrauber, Flugzeuge und Drohnen ist derzeit fraglich, inwiefern das malische Heer in der Lage sein wird, im Rahmen von asymmetrischen Einsätzen zur Bekämpfung von Rebell:innengruppen auch von der Hauptstadt entfernte Gebiete zu kontrollieren. Dabei wird Frankreich seit 2013 im Zuge der UN-Mission MINUSMA auch von deutschen Transall-Transportflugzeugen unterstützt. Da die Niederlande ihre Kampfhubschrauber im Frühjahr 2017 abzogen, kompensierte dies die Entsendung von vier Transporthubschraubern des Typs NH90 und vier Kampfhubschrauber des Typs Tiger aus Deutschland ab April 2017. Zur zusätzlichen Echtzeitbeobachtung von statischen und dynamischen Bodenzielen setzt die Bundeswehr seit dem 1. November 2016 auch eine Aufklärungsdrohne vom Typ „Heron 1“ in Mali ein. Wie im Oktober 2018 bekannt wurde, unterstützt die Bundeswehr damit auch die französische Anti-Terror-Mission. Neben dem Lufttransport französischer Soldat:innen sollen durch die Übermittlung von Drohnenbildern gezielt islamistische Kämpfer:innen ausgeschaltet werden.

Vor dem Beginn der UN-Friedensmission hatte die malische Luftwaffe erhebliche Probleme bei der Versorgung der Truppen sowie der schnellen Verlagerung speziell von schwerem Material. Grund dafür waren auch die geringen Lufttransportkapazitäten, bedingt durch schlechte Infrastruktur und anspruchsvolle topografische Gegebenheiten. Zwei Luftwaffenstützpunkte in der Hauptstadt Bamako und im nordöstlich gelegenen Mopti werden vom Heer genutzt, in das die 400 Soldat:innen der Luftwaffe nach der fran-

zösischen Intervention 2013 integriert wurden. Mit den genannten Rüstungsimportaufträgen arbeitet die malische Regierung derzeit am Wiederaufbau einer eigenständigen Luftwaffe. Dem Militär steht im Norden des Landes kein offizieller Flughafen zur Verfügung.

Box 3

Peacekeeping

Dem. Rep. Kongo (MONUSCO): 4 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die zivil-militärischen Beziehungen sind geprägt durch mehrere Putschversuche des Militärs zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen. 1968 erfolgte der erste erfolgreiche militärische Putsch durch General Moussa Traoré, den zweiten Präsidenten Malis. Es folgte eine Militärdiktatur, in der die Meinungsfreiheit abgeschafft, die Gesellschaft unterdrückt und politische Oppositionelle sowie Staatsfeinde verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. Diktator Traoré, der mehrere Umsturzversuche abwehrte, wurde schließlich 1991 doch durch einen Militärputsch gestürzt, mit dem Mali erstmals einige demokratische Freiheiten erlangte. 1992 fand in Mali die erste freie und demokratische Präsidentschaftswahl statt. Zehn Jahre später, 2002, erfolgte der erste demokratische Führungswechsel mit der Wahl von Amadou Toumani Touré zum Präsidenten. Aus einer allgemeinen Unzufriedenheit des Militärs resultierte ein weiterer Militärputsch unter Führung von Hauptmann Amadou Sanogo im März 2012. Wegen des sich verschärfenden Konflikts mit islamistischen und separatistischen Kräften in Nordmali warfen ihm die Putschist:innen Unfähigkeit bei der Kontrolle des Nordens vor.

Der Norden und Süden Malis zerfallen sozioökonomisch, geographisch und kulturell: Besitzen der malische Staat und seine Regierung in der Hauptstadt Bamako – in der die politische Elite ansässig ist – und der umliegenden Region einen gewissen Rückhalt innerhalb der Gesellschaft, ist speziell im Norden und im Zentrum die Legitimität von Staat und Regierung sehr gering. Der malische Sicherheitsapparat ist nicht in der Lage, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Der Staat erbringt kaum soziale Leistungen etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung, was die Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem malischen Staat weiter verstärkt. Eine Vielzahl einheimischer Selbstverteidigungsmilizen versucht die Bevölkerung im Norden und im Zentrum des Landes vor Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch radikale Islamist:innen zu schützen. In der Vergangenheit – speziell während der Militärjunta unter der Traoré-Verfassung von 1974 – wurden allerdings auch vom malischen Militär zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an der eigenen Bevölkerung begangen. Während die Gesellschaft derzeit mit steigender Arbeitslosigkeit und wachsenden wirtschaftlichen Problemen konfrontiert ist, fließen beträchtliche Geldsummen durch ausufernde Korruption innerhalb des Militärs insbesondere an hohe Offizier:innen. Niedrigere Dienstgrade sind häufig am Schmuggel

von Drogen, Menschen und Waffen beteiligt. Das gesellschaftliche Vertrauen der Bevölkerung in das Militär ist gering.

Im August 2020 kam es zu einem weiteren Staatsstreich und im Mai 2021 zu einem „Putsch im Putsch“. Während die Absetzung Ibrahim Boubakar Keitas im vergangenen Jahr von der Gesellschaft relativ optimistisch aufgenommen wurde und von vielen gesellschaftlichen Akteuren als Chance begriffen wurde, schlug den Putschist:innen beim letzten Umsturz weit weniger Unterstützung entgegen. Expert:innen zufolge scheint der erneute Umsturz ein Versuch zu sein, die Kontrolle über den entglittenen Transformationsprozess wiederzuerlangen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Neben der Armee besteht der Sicherheitsapparat Malis aus drei Einheiten, die für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit verantwortlich sind. Die malische Polizei, Gendarmerie und Nationalgarde unterstehen dabei dem Ministerium für innere Sicherheit und Zivilschutz. Nach einer Analyse der Vereinten Nationen existiert in Mali weltweit die geringste Anzahl an Polizeikräften im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Die malische Polizei umfasst derzeit ca. 1.000 Polizist:innen. Das Personal der Gendarmerie hat sich im Jahr 2021 jedoch von 1.800 auf 6.000 und die Nationalgarde von 2.000 auf 10.000 Sicherheitskräfte erhöht. Rund 90 Prozent der Polizeiangestellten sind männlich. Zuständigkeiten auf nationaler und regionaler Ebene, speziell in Korrelation mit den sich selbstorganisierenden lokalen Milizen, sind strukturell häufig nicht klar definiert. Aus dem geringen innerstaatlichen Rückhalt der Regierung und der Instabilität des Landes resultieren auch innerhalb des Polizeisektors eine sinkende Moral und mangelnde Verantwortlichkeit. Die bisherige Dysfunktionalität des malischen Sicherheitsapparates soll durch diverse internationale Trainings- und Ausbildungsmissionen überwunden werden. So unterstützt die MINUSMA Mission – an der sich auch 20 deutsche Polizist:innen beteiligten – die Ausbildung der lokalen Polizei im Norden des Landes, insbesondere zur Bekämpfung von organisierter (grenzüberschreitender) Kriminalität und Terrorismus. Die Generaldirektion für Staatssicherheit, der malische Geheimdienst, kooperiert speziell bei der Terrorismusbekämpfung auch mit ausländischen Nachrichtendiensten. Gerade in der Sahel-Zone stellt die organisierte Kriminalität eine erhebliche Bedrohung für den Frieden, die innere Sicherheit und Stabilität dar. Seit 2014 existiert, un-

abhängig von der EUTM Mali, mit der EUCAP Sahel Mali eine zivil-strategische Ausbildungs- und Trainingsmission der EU für die drei malischen Polizeiorganisationen und relevanten Ministerien. Ziel ist die Unterstützung einer Reform des Sicherheitssektors. Die Polizeieinheiten werden auch mit moderner Ausrüstung und grundlegendem Equipment wie Computern und Software versorgt. In den Gefängnissen existiert häufig eine schlechte medizinische und sanitäre Versorgung. Wasser und Nahrungsmittel werden nur eingeschränkt verteilt. Insbesondere seit 2012 soll es im Zuge des innerstaatlichen Gewaltkonfliktes in den Gefängnissen vermehrt zu Folter gekommen sein. 2013 starben dabei beispielsweise zwei malische Tuareg. Berichte von Amnesty International dokumentieren auch willkürliche Verhaftungen und prekäre Haftbedingungen von Minderjährigen, die unter Verdacht stehen, einer bewaffneten Gruppe anzugehören oder illegal Waffen zu besitzen. Sie werden oftmals in den gleichen Gefängnissen untergebracht wie Erwachsene. Dort seien sie weiteren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Obwohl Mali zahlreichen internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten ist, erweist sich insbesondere das Fehlen beim Chemiewaffenprotokoll von 1928 als problematisch. Zudem steht die Ratifizierung des Vertrags zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden (1972) sowie des Partiellen Atomaren Teststopp Vertrags (1963) noch aus. Nichtsdestotrotz ist Rüstungskontrolle ein wichtiges Thema für Mali. 2014 bat der malische Außenminister den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, zu einer flächendeckenden Waffenniederlegung aufzurufen und insbesondere die Entwaffnung der Tuareg-Rebell:innen voranzutreiben. Um eine langfristige Stabilisierung des Landes zu gewährleisten, seien weitere Entwaffnungsmaßnahmen notwendig, betonten auch Experten des UNDP (United Nations Development Programme).

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2021**

Mali had a constitutional democratic system that was upended in an August 2020 military coup d'état. The country last held presidential elections in 2018, re-electing Ibrahim Boubacar Keita in elections that met minimum acceptable standards. Following the August 2020 coup, a brief period of military rule was followed by a civilian-led transition government in September 2020. On May 24, the transition government was itself overthrown by the military. On June 7, Assimi Goita, one of the August 2020 coup leaders and the former transition vice president, was sworn in as transition president. Repeatedly delayed parliamentary elections were held in March and April of 2020, followed by manipulation of results by the Constitutional Court. Parliament was dissolved after August 2020 and replaced by an unelected National Transition Council.

The National Police report to the Ministry of Security and Civil Protection and have responsibility for law enforcement and maintenance of order in urban areas. The National Gendarmerie has responsibility in rural areas, including a specialized border security unit. The country's defense and security forces consist of the Malian Armed Forces, the National Gendarmerie, and the National Guard, which all fall administratively under the Ministry of Defense. Operational control of the National Guard and National Gendarmerie is shared between the Ministry of Defense and the Ministry of Security and Civil Protection. The National Guard and the army occasionally performed law enforcement duties in northern areas where police and gendarmes were absent. The responsibilities of the Ministry of Security and Civil Protection include maintaining order during exceptional circumstances, such as national disasters or riots. The country's intelligence service has authority to investigate any case and temporarily detain persons at the discretion of its director general, who reports directly to the president. It usually detains persons only in terrorism and national security cases. Civilian authorities did not always maintain effective control over civilian and military security forces. There were credible reports that members of the security forces committed numerous abuses.

Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings, by both government and nonstate actors; forced disappearance by government forces; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment by government forces; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; serious abuses in a conflict, including unlawful and widespread civilian harm by government forces and nonstate armed groups, as well as unlawful recruitment and use of child soldiers by nonstate armed groups; serious restrictions on free expression and media, including unjustified arrests or prosecutions of journalists and the existence

of criminal libel and slander laws; serious government corruption; lack of investigation of and accountability for gender-based violence, including but not limited to domestic and intimate partner violence, sexual violence, child, early, and forced marriage, female genital mutilation/cutting, and other harmful practices; trafficking in persons; crimes involving violence or threats of violence targeting national and ethnic minority groups; existence and use of de facto laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults; and existence of the worst forms of child labor.

With occasional notable exceptions, the government made little effort to investigate, prosecute, or punish government officials who committed abuses, whether in the security forces or elsewhere in the government. The government did, however, make efforts to address corruption. Impunity for serious crimes committed in the country's northern and central regions continued with few exceptions, in view of the government's lack of control of 80 percent of the national territory. Cases related to massacres, forced disappearances, or other serious human rights abuses rarely moved beyond an investigative phase.

Despite signing the 2015 Algiers Accord for Peace and Reconciliation in Mali (Algiers Accord), signatory armed groups committed serious human rights abuses, including summary executions, torture, and the recruitment and use of child soldiers. Ethnic militias, formed to defend one ethnic group from other ethnic groups or other armed groups, committed serious human rights abuses, including summary executions, the destruction of homes and food stores, and the burning of entire villages. Terrorist groups kidnapped and killed civilians, including humanitarian workers, and military and peacekeeping forces. Investigations and prosecutions were rare because most abuses occurred in areas that the government did not control.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2021
<https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/mali>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2021/2022

Military forces and armed groups continued to commit human rights violations and abuses against civilians, including war crimes. The intelligence services were suspected of forcibly disappearing senior officials. There were some developments in investigations into the use of lethal force during protests in 2020 but progress was limited regarding justice for violations by the military. The government failed to protect citizens from discrimination based on social status. The Covid-19 vaccine roll-out was slow.

Quelle: Amnesty International Report 2021/2022:
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Mali auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 24/60

Politische Rechte: 8/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (32/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Mali experienced a political transition away from authoritarian rule beginning in the early 1990s and gradually built up its democratic institutions for about 20 years. However, the country displayed characteristics of state fragility that eventually contributed to a 2012 military coup and a rebellion in northern Mali that erupted the same year. Though constitutional rule was restored and a peace agreement signed in the north in 2015, insecurity and political tensions persisted in the years that followed, culminating in two military coups in 2020 and 2021.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/mali/freedom-world/2022>

Kommentar

Im Zuge des 1992 eingeleiteten Demokratisierungsprozesses trat das Land einer Vielzahl internationaler Abkommen zur Achtung der Menschenrechte bei. In Bezug auf die Meinungs- und Pressefreiheit galt Mali dank einer pluralistischen Radio- und Zeitungslandschaft lange als afrikanisches Musterland. Seit dem Militärputsch gegen Präsident Amadou Toumani Touré im März 2012 verschärfte sich die Menschenrechtslage, insbesondere im Norden, später auch und im Zentrum des Landes jedoch dramatisch. Im Zuge der Kämpfe zwischen islamitischen Kräften, den staatlichen Sicherheitskräften und sie unterstützenden Kräften kam es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und zivilen Opfern. So wurden etwa bei einem französischen Luftschlag im Januar 2021 19 Zivilist:innen und drei Bewaffnete auf einer Hochzeit getötet. Im März 2022 kam es nach Informationen von Human Rights Watch zu Erschießungen von 300 Zivilist:innen durch staatlicher Sicherheitskräfte in Moura; einige von der Opfer standen Unter Verdacht zu islamistischen Gruppen zu gehören. Islamistische Kämpfer:innen werden wiederum für die Rekrutierung von Kinder und Anschläge auf zivile Ziele verantwortlich gemacht. Die Gewalt gegen Zivilist:innen nahm mit der Präsenz von Wagner Truppen ab Dezember 2021 nochmals zu. Sie übertrafen im ersten Quartal 2022 die zivilen Opferzahlen des gesamten Jahres 2021. Für das Jahr 2022 verzeichnet die Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) alleine 590 Fälle von Gewalt an Zivilist:innen.

Des Weiteren finden in ganz Mali weiterhin Menschen- und insbesondere Kinderhandel statt. Sklaverei ist ebenfalls in Teilen des Landes bis heute verbreitet. Frauen werden generell benachteiligt. Laut dem Gender Inequality Index des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (2020) liegt Mali auf Platz 184 von insgesamt 189 Ländern. Weibliche Genitalverstümmelung wird bis heute bei rund 90 Prozent aller Frauen vollzogen. Die Pressefreiheit ist seit 2012 ebenfalls eingeschränkt und es kam vermehrt zu teils gewaltsamen Übergriffen auf Journalist:innen. Die Situation gilt derzeit als so besorgniserregend, dass der UN-Sicherheitsrat, der UN-Menschenrechtsrat, die AU und ECOWAS Menschenrechtsbeobachter:innen nach Mali entsandt haben.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The democratization process in Mali is perpetually being restarted. Since August 18, 2020, the new transition underway has demonstrated the bankruptcy of the Malian democratic system. The Malian population, which had hoped to see social, economic and security improvements due to democratization, seems disappointed. The political and security reforms necessary in the country have not been implemented.

The inability of political actors to find solutions to the population's concerns has led to the deterioration of the socioeconomic situation and has dealt a blow to Mali's national unity. Today's political and security situation hardly differs from that of 2012, with two-thirds of the country's territory still outside the state's control despite the intervention of the international community since 2013.

Growing insecurity, increasingly violent attacks committed by terrorist groups present in Mali, the emergence of self-defense groups in the center and intercommunity conflicts all show that the country still needs foreign military support to face the various threats inside its territory. The G-5 Sahel anti-terrorism initiative, which was created by Mauritania, Mali, Niger, Burkina Faso and Chad and is supported financially and technically by France, illustrates that there is some regional will to counter this threat.

Implementation of the 2015 peace and reconciliation agreement remains difficult, especially with regard to the process of disarming rebel groups, as well as their cantonment and reintegration. The recommendations produced by the National Inclusive Dialogue, organized in December 2019, have not been implemented. The poor organization of the 2018 presidential elections and the 2020 legislative elections exacerbated the political crisis; the protests that followed helped prompt the military intervention on August 18, 2020, which put an end to the regime of President Ibrahim Boubacar Keïta.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Mali auf Platz 136 (2020: Platz 129), zusammen mit Angola, Liberia und Russland. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Die Rebellion und Autonomiebestrebungen von Tuareg-Rebell:innen der „Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (MNLA) im Norden Malis – u. a. zurückzuführen auf eine mangelnde wirtschaftliche und soziale Integration der Region – mündeten im März 2012 in einen Militärputsch in der Hauptstadt Bamako und dem Sturz von Staatspräsident Amadou Toumani Touré. In der nördlichen Sahel-Wüste hat sich ein Netzwerk fundamentalistischer Islamist:innen entwickelt. Die wesentlichen Gruppierungen sind al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM), die Bewegung für Monotheismus und Jihad in

Westafrika (MUJAO) sowie die Schar der Religion. Aus machtpolitischen Interessen kooperieren diese Gruppierungen auch mit Anhänger:innen des so genannten Islamischen Staates (IS). Bei der gewaltsamen Besetzung weiter Landesteile im Jahr 2012 verbündeten sich die Tuareg-Rebell:innen zum gemeinsamen Kampf gegen die malische Regierung zeitweise mit diesen Terrororganisationen. Kurz nach der Eroberung der wichtigsten Städte des Nordens vertrieben die Dschihadist:innen die Tuareg-Rebell:innen, ihre bisherigen Verbündeten, die seit Jahrzehnten einen eigenen, säkularen Staat anstreben. Die Anzahl der Dschihadist:innen betrug 2012 zwar lediglich zwischen 1.000 und 2.000 Personen. Es gelang ihnen aber, von den vielen lokalen Aufständen der Tuareg-Rebell:innen zu profitieren und zudem innerhalb der Aufstandsbewegung ihre säkularen Konkurrenten auszuschalten. Auf diese Weise konnten sie strategisch den Eindruck erwecken, dass die dschihadistische Bewegung in Mali dominiert.

Frankreich intervenierte im Sommer 2013 mit der Opération Serval, welche bis zu 4.500 Soldat:innen umfasste. Die Franzosen wurden dabei von verbündeten afrikanischen Staaten wie dem Tschad unterstützt, der nach Frankreich das größte Truppenkontingent nach Mali entsendet. Von westlichen Staaten, darunter auch Deutschland, wurde die Operation logistisch unterstützt. ECOWAS verlegte bis Februar 2013 bis zu 5.000 Soldat:innen aus neun Ländern nach Mali. Es gelang den französischen Truppen und ihren Verbündeten, die islamistischen Kämpfer:innen zurückzudrängen. Die Angehörigen der drei Islamistengruppen Ansar al-Dine, Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika und Kämpfer:innen von Aqim zogen sich in die unzugänglichen Berge von Adrar des Ifoghas nördlich der malischen Stadt Kidal und unweit der algerischen Grenze zurück.

Im Februar 2013 beschloss der Deutsche Bundestag zwei Einsätze der Bundeswehr in Mali: Zum einen eine Beteiligung im Rahmen der EU-geführten Ausbildungsmission (EUTM), die das malische Militär befähigen soll, die Sicherheit im Land selbst wiederherzustellen, zum anderen logistische Unterstützung für die unter afrikanischer Führung durchgeführte AFISMA (abgelöst durch MINUSMA) Mission. Das deutsche MINUSMA-Mandat umfasst bis zu 1 100 Soldatinnen und Soldaten. Während die deutsche MINUSMA-Präsenz bis 2024 im Land bleiben soll, wurde die Beteiligung an EUTM im Jahr 2022 zunächst ausgesetzt und anschließend auf mit reduziertem Personal auf die fachliche Beratung auf strategischer Ebene ausgerichtet. Deutsche EUTM-Kräfte befinden sich derzeit nur noch in Bamako.

Nach Aushandlung einer Waffenruhe zwischen Tuareg-Rebell:innen der MNLA, der Tuareg-Dachorganisation Hoher Rat für die Einheit Azawads und der malischen Regierung unter Vermittlung des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré im Juni 2013 konnten im selben Jahr Präsidentschaft- und Parlamentswahlen durchgeführt werden. Allerdings haben der innerstaatliche Konflikt und die intensiven Kampfhandlungen noch heute weitreichende Folgen: Von den 2013 geflohenen über 500.000 Malier:innen kehrten erst 200.000 Menschen in ihre Heimatorte im Norden des Landes zurück, während die übrigen in den umliegenden Nachbarstaaten oder auf dem Weg nach Europa sind. Die derzeitige Migrationsbewegung resultiert insbesondere aus der weiterhin prekären Sicherheitslage in Mali, die als größtes Rückkehrhemmnis angesehen wird. Auch die religiöse Verfolgung, speziell der christlichen Minderheit, nahm stark zu, obwohl die muslimisch geprägte Gesellschaft Malis bis zum Ausbruch der Rebellion ursprünglich vom Respekt gegenüber Andersgläubigen geprägt war.

Unter Vermittlung von Algerien kam es im Mai und Juni 2015 zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages. Verschiedene malische Tuareg-Rebell:innengruppen des Nordens sind in bewaffneten Dachorganisationen, der Bewegung des Azamad (CMA) und der „Plattform“ zusammengefasst und erkennen mit der vertraglichen Unterzeichnung die Zentralregierung in Bamako offiziell an. Das Friedensabkommen sieht die Beendigung des Tuareg-Aufstandes, den Erhalt der territorialen Integrität Malis, einen Sonderstatus und wirtschaftliche Hilfen für die Nordprovinzen sowie die Aufstellung der Rebell:innen als Sicherheitskräfte in diesen Provinzen vor. Durch den Dezentralisierungsprozess könnten in Mali schrittweise föderale Strukturen implementiert werden. Ob der Vertrag langfristig Frieden bringt, ist fraglich. Die Implementierung des Vertrages stellt sich als äußerst schwierig heraus und wurde durch die Putschversuche der kürzesten Vergangenheit weiter nach hinten geworfen. [Laut Carter Center \(2020\)](#), welches 2017 zum unabhängigen Beobachter in Mali ernannt wurde, gibt es kaum Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensvertrages. Keine der fünf Säulen des Abkommens wurde bislang zufriedenstellend bearbeitet. Auch deckt der Vertrag vornehmlich den Konflikt im nördlichen Teil des Landes ab, nicht aber die zahlreichen, sehr komplexen Konflikte und Gewaltexzesse im Zentrum von Mali.

Die inter- und intraethnische Gewalt in Malis Zentralregionen hat seit 2015/2016 drastisch zugenommen. Während sich die Aufmerksamkeit zwischen 2013 und 2015 stark auf den Norden Malis konzentrierte, eskalierte die bewaffnete Gewalt im Zentrum des Landes, einer Region, die vom Staat lange vernachlässigt wurde. Dschihadistische Gruppen machten sich die dort fehlende Legitimität des Staates zunutze und weiteten ihren Einfluss aus. Als Reaktion auf die Ausbreitung islamistischer Gewaltakteure formierten sich Selbstverteidigungsgruppen. Dschihadist:innen, Selbstverteidigungsgruppen und andere Gewaltakteure, oftmals eng verbunden mit kriminellen Netzwerken liefern sich seitdem gewaltsame Auseinandersetzungen. Oftmals richtet sich die Gewalt direkt gegen die Zivilbevölkerung und ist entlang ethnischer Linien orientiert (Fulani und Dogon werden gegeneinander ausgespielt). Die Medien berichten von Massenmorden und weitreichenden Sachbeschädigungen.

Die zahlreichen Konflikte im Norden und im Zentrum des Landes wirken sich zunehmend auf die Stabilität des politischen Systems aus. So gründete sich nach den letzten Präsidentschaftswahlen die Protestbewegung M5-RFP, welche den Rücktritt Keïtas forderte. Diese formierte sich aufgrund der weit verbreiteten Korruption und Misswirtschaft im Lande und der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage. Tausende Malier:innen machten von Artikel 121 ihrer Verfassung Gebrauch, der ihnen ein Recht auf "zivilen Ungehorsam" gewährt, wenn die Republik in Gefahr ist. Die Proteste wurden durch den Einsatz von Anti-Terror-Einheiten aufgelöst. Dabei waren etliche Todesopfer auf Seiten der Protestierenden zu beklagen. Im August 2020 nahm das Militär diese Stimmung zum Anlass Präsident Ibrahim Boubacar Keïta festzunehmen und die Macht zu übernehmen. Der Putsch wurde in weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt. Für drei Wochen nach dem Putsch lag die Macht ausschließlich in den Händen des Nationalen Komitees zur Errettung des Volkes unter Oberst Assimi Goïta. Danach einigte sich eine Versammlung auf 500 Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft und Militär auf eine Übergangsregierung unter Leitung des Militärs. Diese soll das Land für 18 Monate regieren und die nächsten Wahlen vorbereiten. Ende 2020 sank allerdings bereits die Euphorie über die Regierung unter Leitung

des Militärs, weil es nicht gelang, die Sicherheitslage zu verbessern oder die Korruption einzudämmen, die auch vor dem Militär nicht haltmacht.

Im Mai 2021 kam es zum „Putsch im Putsch“ durch den Oberst Goita erneut die Macht übernahm, welcher von der ECOWAS mit Sanktionen beantwortet wurde. Zur Bekämpfung der Islamisten holte das Militär die russische Wagner Truppen ins Land, was zum Zerwürfnis mit Frankreich führte, welches im Jahr 2022 seine Truppen abzog. Angesichts der Sanktionen und der immer weiter eskalierenden Lage setzte Giota nun für das Jahr 2024 freie Wahlen an.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mali ist ein Binnenstaat in Westafrika und grenzt an Algerien im Norden, Niger im Osten und im Süden an Burkina Faso, Côte d'Ivoire und Guinea, im Westen an den Senegal und nord-östlich an Mauretanien. Der Norden des Landes erstreckt sich bis tief in die Sahara und ist nur dünn besiedelt. Der Sahelstaat zählt zu den ärmsten Ländern der Welt.

Politische Situation in der Region

Mali liegt in einer politisch sehr angespannten Region. Seit dem Ende der französischen Kolonialherrschaft am 22. September 1960 und der Unabhängigkeit vieler anderer westafrikanischer Staaten von den europäischen Kolonialmächten, haben sich die politischen Strukturen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt. Daraus resultieren zahlreiche Bürgerkriege und Revolten in der Region, mit vielen Toten und Verletzten. Neben einer Vielzahl instabiler Regime (bspw. in Niger, Guinea oder Guinea-Bissau) gibt es Staaten wie Togo oder Gambia, die zwar stabil sind, aber seit langer Zeit diktatorisch oder zumindest autoritär regiert werden. Andere Länder der Region – etwa Liberia, Sierra Leone oder Côte d'Ivoire – haben lange Phasen des Bürgerkrieges hinter sich. Generell gehören viele Länder Westafrikas zu den ärmsten der Welt.

Mali unterhält insbesondere zu Mauretanien und Algerien gute nachbarschaftliche Beziehungen. Dies ist von zentraler Bedeutung für den innerstaatlichen Friedensprozess in Mali und die Bekämpfung terroristischer Netzwerke in der Sahel-Wüste, speziell im Norden Malis.

Die Ausbreitung islamistischer Milizen stellt für die Region gegenwärtig eines der größten Probleme dar. Neben der Expansion von Boko Haram in Nigeria kam es Anfang 2016 zu Terroranschlägen in Burkina Faso, welche durch Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) verübt wurden.

Grenzkonflikte

Der letzte Grenzkrieg wurde zwischen Mali und Burkina Faso geführt und drehte sich um den sogenannten Agacher-Streifen. Er wurde vom 25. bis 30. Dezember 1985 getragen. Faktisch ging es dabei um vier Dörfer in dem 160 Kilometer langen und 30 Kilometer breiten Wüstenstreifen, in dem reichhaltige Bodenschätze vermutet werden. 1986 wurde Mali dann der nördliche Teil des umstrittenen Gebiets zugeteilt, während Burkina Faso den südlichen erhielt.

Derzeit hat Mali keine ungelösten Grenzkonflikte oder Territorialstreitigkeiten. Es kam jedoch im Mai 2012 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen malischen Dogon Bauern:Bäuerinnen und Fulani Nomad:innen aus Burkina Faso über die Nutzung von Weideland im burkinisch-malischen Grenzgebiet, bei denen rund 25 Menschen starben. Die Auseinandersetzung geht auf die andauernde Konkurrenz um fruchtbares Weideland und Wasserressourcen in der Region zurück.

Generell problematisch ist in Westafrika, dass die Landesgrenzen insbesondere im Wüstengebiet faktisch nicht kontrollierbar sind. So führten vor allem der Libyenkonflikt und das militärische Eingreifen der internationalen Gemeinschaft 2011 dazu, dass viele Kämpfer:innen nach Mali flüchteten und eine Vielzahl gestohlener Waffen dorthin mitnahmen (mehr dazu siehe „Unerlaubte Wiederausfuhr“).

Regionale Rüstungskontrolle

In Mali existiert ein nationales Gesetz zur Reglementierung des Transfers von Waffen und Munition, das im Zuge der Implementierung des United Nations Programme of Action to Prevent, Combat and Eradicate the Illicit Trade in SALW in all its Aspects (UNPoA) von 2001 eingeführt wurde. Im Jahre 2006 wurde die ECOWAS Convention on SALW verabschiedet. Das erste Abkommen zur Reglementierung des Imports und Exports von SALW in Westafrika trat 2009 in Kraft und wurde auch von Mali ratifiziert. Damit verständigen sich die ECOWAS-Mitgliedstaaten darauf, die unkontrollierte Verbreitung, Herstellung und den Besitz von Kleinwaffen und leichten Waffen zu kontrollieren, zu regeln und gegebenenfalls zu verbieten. Außerdem umfasst die Konvention Maßnahmen zur Förderung der Transparenz, der Zusammenarbeit und des Austauschs von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten. 2013 trat Mali durch die Implementierung der Vertragsartikel in die nationale Gesetzgebung darüber hinaus auch dem Arms Trade Treaty bei.

Formal existiert in der malischen Republik hinsichtlich des privaten Besitzes von Waffen und Munition eine nationale Gesetzgebung. Die Zuständigkeit dafür liegt beim Minister für innere Sicherheit. So ist der außermilitärische Besitz von Kriegswaffen wie voll- und semiautomatischen Gewehren verboten. Der Privatbesitz von Pistolen und Revolvern ist mit Lizenz gestattet, welche ab 18 Jahren nach einer Begründung des Waffenbesitzes und einer Personalüberprüfung erhältlich sind. Der große Schwarzmarkt mit veralteten und gestohlenen Waffensystemen und die zugleich hohe Korruptionsrate vereinfachen jedoch den privaten Zugang zu SALW und Munition.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Derzeit sind in Mali verschiedene ausländische Militäreinheiten im Rahmen von Missionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union stationiert. An der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) beteiligen sich neben Deutschland derzeit mit etwa 1.100 deutsche Soldat:innen. Das Mandat zu diesem Einsatz gilt bis zum 31. Mai 2023 und setzt eine Mandatsobergrenze von 1.400 Soldat:innen. Laut Beschluss der Bundesregierung soll der Einsatz der Bundeswehr in Mali 2024 abgeschlossen sein. Insgesamt sind an der Mission 13,289 Soldat:innen aus 57 Ländern beteiligt (Stand: Oktober

2022). Die mittlerweile rund 1.920 für den Einsatz autorisierten Polizeikräfte der MINUSMA-Mission werden von 29 Ländern gestellt; Deutschland beteiligt sich hieran mit 20 Polizist:innen.

An der multinationalen Ausbildungsmission der Europäischen Union, EUTM Mali, beteiligten sich insgesamt 22 Nationen. Mit dem im Jahr 2022 erneuerten Mandat, welches bis 31. Mai 2023 erteilt wurde, wurde die deutsche Beteiligung am EU-Einsatz in Mali auf maximal 300 Soldatinnen und Soldaten begrenzt.

Gefahr von Technologiepiraterie

Mali ist in der Studie der Business Software Alliance (BSA) zur Piraterie-Rate von Software nicht erfasst.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 12

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Mali ist allen wichtigen internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus beigetreten. Dennoch kann der geschwächte Staat das Problem nicht allein lösen. Frankreich unterstützt Mali aktiv im Kampf gegen islamistische Gruppierungen. 2013 schlugen die Franzosen mit ihrer Militäroperation Serval die Aufständischen in Mali zurück. Auch die französische Operation Barkhane, die 2014 auf die Operation Serval folgte, hat unter anderem die Terrorismusbekämpfung zum Ziel.

Die Terrorgefahr in Mali ist derzeit so hoch wie nie. Insbesondere im Norden des Landes sind Sprengstoffanschläge und Raketenangriffe von Islamist:innen auf Zivilist:innen, das malische Militär oder internationale Truppen der UN-Mission MINUSMA gleichermaßen an der Tagesordnung. Als Konsequenz der proportional ansteigenden Anzahl von Angriffen und Anschlägen militanter Islamist:innen auf Truppen und Lager der UN-Mission beschloss der UN-Sicherheitsrat im Juni 2016 die Ausweitung des Einsatzes und ein robustes Mandat, welches auch direkte Einsätze gegen Dschihadist:innen legitimiert. So stieg die Anzahl der eingesetzten Blauhelmsoldat:innen ab Juni 2016 um weitere 2.000 auf 13.300 und die Zahl der entsandten Polizist:innen um 500 auf bis zu 1.920. Bei der verlustreichsten Mission der Vereinten Nationen starben bislang 256 Menschen (Stand: November 2021). Während der Terror sich bis Anfang 2016 vorwiegend auf den Norden des Landes konzentrierte, ist er inzwischen auch in Malis Zentralregionen angekommen (insbesondere die Regionen Mopti und Ségou sind betroffen).

Zu den in Mali aktiven Terrorgruppen gehören unter anderem ISIS in der Großsahara (ISIS-GS) und JNIM (Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin) - die seit 2017 bestehende Dachorganisation, die aus dem Sahara-Zweig von al-Qaida im Islamischen Maghreb, al-Murabitoun, der Macina-Befreiungsfront und Ansar al-Dine besteht. Obwohl ISIS und Al-Qaida in vielen Regionen verfeindet sind, war dies in der Sahel-Region lange nicht der Fall. ISGS und JNIM kooperierten auf taktischer Ebene zum Teil miteinander. Dies änderte sich allerdings im Jahr 2020: der ISGS beschuldigte JNIM keinen richtigen Dschihadismus zu betreiben. Darauf folgten Kämpfe zwischen den beiden Terrororganisationen, etwa im Norden von Burkina Faso. Welche langfristigen Auswirkungen die Revierkämpfe haben werden, bleibt abzuwarten.

Zur koordinierten Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in der Sahelzone verständigten sich 2017 Mauretanien, Burkina Faso, Tschad, Niger und Mali (G-5 Sahel-Länder) auf die Einrichtung einer gemeinsamen Anti-Terror-Einheit. Diese hat das Ziel, den Terrorismus in den Grenzregionen der beteiligten Länder einzudämmen und konnte in der Vergangenheit gewisse Erfolge verzeichnen.

Im August 2022 zog Frankreich den letzten seiner zeitweise bis zu 4.500 Soldat:innen ab, nachdem sich nach der Machtübernahme des Militärs die Beziehungen zwischen beiden Ländern rapide verschlechterte und erstere eine Zusammenarbeit mit der russischen Wagner begann. Im November 2022 terminierte die Bundesregierung den Abzug der Bundeswehr auf 2024.

Internationale Kriminalität

Tabelle 13

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Mali hat seit Jahrzehnten Probleme mit Korruption und organisierter Kriminalität. Kokain aus Mittelamerika wird beispielsweise über Westafrika und die Sahel-Zone nach Europa geschmuggelt - Transitland ist dabei oft Mali. Gleiches gilt für Haschisch aus Marokko, das über die Sahel-Zone nach Ägypten und auf die arabische Halbinsel geschmuggelt wird. Nach Schätzungen des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hat sich seit etwa 2005 der Schmuggel von südamerikanischem Kokain durch Westafrika nach Europa in hohem Maße intensiviert, sodass die Stabilität und Entwicklung der Transitstaaten gefährdet sind. Rund 10 bis 15 Prozent des in Europa konsumierten Kokains sollen über Westafrika nach Europa gelangen, so Schätzungen des UNODC. Der Grund, warum insbesondere Mali ein so beliebtes Transitland für den Drogenhandel ist, liegt darin, dass die Tuareg schon seit vorkolonialen Zeiten viel Erfahrung mit dem Trans-Sahara-Handel haben und sowohl die Region als auch die praktischen Herausforderungen eines solchen Handelsguts kennen. Zudem treibt sie die zunehmende Verknappung ihrer Lebensressourcen etwa durch Dürren in die Arme der Kriminalität.

Im Norden Malis gibt es darüber hinaus ein systematisch betriebenes Entführungs-geschäft. Menschenhandel steht an der Tagesordnung. Generell ist die Kriminalitätsrate seit 2012 angestiegen. Die organisierte Kriminalität sowie der Drogenhandel begünstigen das Erstarken terroristischer Gruppen. So sollen die Gruppierungen im Norden Malis ihre finanzielle Basis maßgeblich dem Drogenhandel und dem Freikaufen von Geiseln verdanken.

Tabelle 14

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Im Zuge der Ratifizierung des Arms Trade Treaty im Dezember 2013 gab Mali im Mai 2016 in seinem Bericht jedoch Auskunft über die nationalen Transfers von konventionellen Großwaffensystemen sowie Klein- und leichten Waffen für das Jahr 2015. Seither wurden keine Berichte mehr eingereicht.

Auch im Rahmen des UN-Registers zu Militärausgaben liefert Mali keine Daten.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da nur wenige Informationen über authentifizierte Endverbraucherzertifikate oder Gesetze zu finden sind. Dennoch ist bekannt, dass Waffenhandel in Mali speziell sowie in Westafrika generell weit verbreitet ist, da auch Korruption innergesellschaftlich eine zentrale Rolle spielt.

Waffenschmuggel ist für die in Norden Malis und den umliegenden Nachbarstaaten lebenden Tuareg eine wichtige Einnahmequelle. Dass sie die Sahel-Region gut kennen, das Gelände nur dünn besiedelt ist und die Grenzen zu den umliegenden Staaten porös und nur schwer kontrollierbar sind, kommt ihnen dabei zugute. Faktisch werden viele malische Staatsgrenzen von nicht-staatlichen oder semi-autonomen Gruppierungen kontrolliert, die von Korruption und Grenzschmuggel leben – was die unkontrollierte Proliferation weiter begünstigt. Allerdings ist Mali, ob des langen anhaltenden Konfliktes im Land, in der Regel das Zielland und nicht der Ausgangspunkt für Waffenhandel.

2013 wurde bekannt, dass Libyen trotz eines bestehenden Embargos massenweise Waffen nach Syrien und Mali geliefert hat, darunter Sprengstoff, Munition, Granaten und schwere und leichte Waffen. Dadurch wurde der Konfliktherd in Mali weiter befeuert.

Während des Bürgerkriegs statteten vor allem Frankreich und die Vereinigten Staaten die libyschen Oppositionskräfte im Geheimen mit Kleinwaffen aus. Auch aus dem Golfemirat Katar wurden bereits in der Frühphase des arabischen Frühlings zahlreiche Waffen nach Libyen geliefert. Nach Beendigung der Kampfhandlungen in Libyen blieben die Waffenbestände zunächst unkontrolliert. Unzählige Waffen aus diesen Beständen gelangten dann zusammen mit ehemaligen Tuareg-Söldner:innen nach Mali und wurden dort illegal innerhalb des Landes weiterverkauft. Mittlerweile ist der Sahel überschwemmt mit Waffen, darunter u. a. Kleinwaffen und leichte Waffen, Luftabwehrsysteme, Panzerabwehrraketen sowie Granaten.

Forscher:innen des Small Arms Survey gehen davon aus, dass malische Schmuggler:innen Kleinwaffen und leichte Waffen in wasserdichte Säcke verpacken und per Boot auf dem Niger Fluss transportieren. Insbesondere Nord-Mali gilt als Transitstation für Waffen aus Algerien und Niger. Auch über Kämpfer:innen der Forces Nouvelles, einer Rebell:innengruppe Côte d'Ivoires, sollen illegal Waffen nach Mali gelangt sein, vor allem im Tausch gegen Lebensmittel und andere Konsumgüter. Weitere Waffen kommen aus Niger und Algerien ins Land und auch sudanesishe Waffen wurden in Mali gefunden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

This multidimensional crisis has had a negative impact on Mali's economy. The country already figures among the poorest countries in the world, according to the U.N. Human Development Index. Mali has serious socioeconomic difficulties, with a high rate of population growth and high rates of illiteracy and unemployment, especially among the youth. The government has not been able to expand education opportunities for adults, in the secondary and higher education sectors, or in vocational training circles. Non-formal education, which ought to be critical given that two-thirds of adults are illiterate, is not a priority for the government. The informal sector, which occupies a preponderant place in the national economy, alongside the remittances provided by Malians living abroad, is neither protected nor promoted. Corruption among the political elite has also slowed economic growth; none of the mechanisms and institutions created to combat the misappropriation of public funds have proved effective.

According to official numbers from the national Ministry of Health and Social Development, the outbreak of COVID-19 in Mali was not very severe. As of January 24, 2021, Mali had 7,965 positive cases, 256 deaths, and a total of 5,705 recoveries, but these figures are hardly comparable and are probably incomplete. However, the measures to contain the spread of COVID-19 in the country (closure of borders, state of health emergency, ban on groupings, closure of schools, bars, restaurants and hotels, and curfews) worsened the economic situation. The government has reallocated funds to the health sector and supported the economy as a means of dealing with this crisis. For example, in June 2020 the government announced a program worth €900 million (equivalent to 7% of GDP) to help the economy recover from the effects of the pandemic. This includes €400 million (3% of GDP) in infrastructure investments for the coming years and an extension of tax deferrals. An estimated €200 million (1.5% of GDP) was to be provided as a subsidy for salaries, rents and electricity bills for businesses, with other funding supporting lower taxes on real-estate transactions; the provision of cash vouchers redeemable in bars, restaurants, hotels and retail stores; a reduction in fuel prices; tax refunds for workers; additional employment benefits and subsidies; and various other funds, grants and business support schemes.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 15

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	465	460	486	594	522
Militärausgaben/BIP	3,0	2,8	2,7	3,3	2,8
Gesundheitsausgaben/BIP	3,7	3,7	3,9	-	-

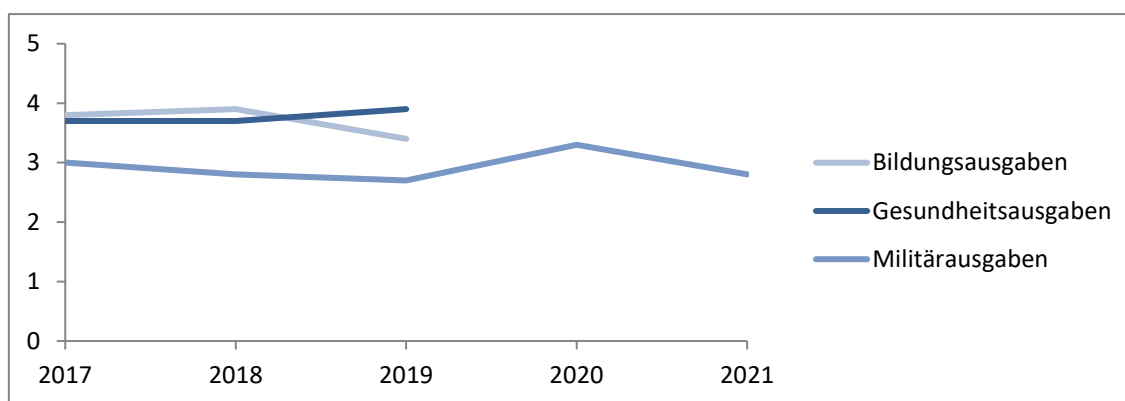
	2017	2018	2019	2020	2021
Bildungsausgaben/BIP	3,8	3,9	3,4	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	3782	4279	4631	5104	6081
Anteil am BIP (in Prozent)	27	27,9	27,1	29,5	34,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	700,17	734,55	780,96	790,97	-
Net ODA (% of GNI)*	4,89	4,83	4,76	4,64	-
Deutsche ODA Zahlungen*	73,17	74,84	122,39	107,48	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 17

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2017	2018	2019	2020	2021
Militarisierungswert	138	133	140	159	164
Index-Platzierung	77	79	73	60	56

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Algerien	Militarisierungswert	253,5	249,0	255,4	261,4	250,2
	Index-Platzierung	17	16	16	15	17
Burkina Faso	Militarisierungswert	98,6	114,7	125,8	128,2	135,4
	Index-Platzierung	118	102	87	89	85
Côte d'Ivoire	Militarisierungswert	92,9	90,9	93,0	95,7	93,1
	Index-Platzierung	125	123	122	119	120
Guinea	Militarisierungswert	131,2	117,4	110,3	109,2	110,0
	Index-Platzierung	81	96	107	107	107
Mauretanien	Militarisierungswert	187,0	188,0	184,6	194,1	191,4
	Index-Platzierung	44	40	42	35	41
Niger	Militarisierungswert	130,5	133,9	125,2	127,6	118,0
	Index-Platzierung	83	77	88	90	100
Senegal	Militarisierungswert	125,0	133,7	126,2	123,1	132,0
	Index-Platzierung	90	78	85	94	87

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 19

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Algerien	Militärausgaben (absolut)	9709	9311	10045	9708	9116
	Militärausgaben/BIP	5,9	5,5	6,0	6,7	5,6
Mauretanien	Militärausgaben (absolut)	148	158	161	199	211
	Militärausgaben/BIP	2,0	2,1	2,0	2,5	2,4
Niger	Militärausgaben (absolut)	214	226	263	238	190
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,5	2,7	2,4	1,8
Burkina Faso	Militärausgaben (absolut)	195	291	371	382	428
	Militärausgaben/BIP	1,6	2,2	2,6	2,7	2,9
Senegal	Militärausgaben (absolut)	327	388	373	346	448
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,7	1,5	1,4	1,8
Guinea	Militärausgaben (absolut)	224	220	208	207	227
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,6	1,4	1,4	1,5
Côte d'Ivoire	Militärausgaben (absolut)	520	595	559	607	604
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,4	1,2	1,3	1,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,426	0,430	0,433	0,427	0,428

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: Sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Mali gehört zu den unterentwickeltsten und ärmsten Ländern weltweit und belegt nach dem Human Development Index (HDI) 2021 Platz 186 von 191 Staaten. Seit 2020 verzeichnet das Land einen leicht rückläufigen HDI-Wert, was bedeutet, dass es in der Entwicklung zurückfällt. Die Armut geht einher mit einem anhaltend hohen Bevölkerungswachstum, welches 2021 bei knapp drei Prozent lag.

Eine der wichtigsten potenziellen Einnahmequellen für Mali ist einerseits die Landwirtschaft. Andererseits ist es sehr reich an Rohstoffen und Bodenschätzen. Es liegt mitten im „Goldgürtel“, der sich von Senegal über Guinea, Ghana, Burkina Faso, Niger, Nigeria, Mali und Kamerun durch ganz Westafrika zieht. Unter den vorhandenen Rohstoffen befinden sich u. a. Erdöl, Erdgas, Kupfer, Diamanten, Salz und Phosphor. Unter dem ehemaligen Präsidenten Touré wurden daher zahlreiche Lizenzen an internationale Unternehmen vergeben, im Land Rohstoffe abzubauen. Die seit 2012 unsichere politische Lage und die anhaltende Terrorgefahr ließen diese wichtige Einnahmequelle jedoch zunehmend versiegen. Die globalen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie das Ende des Wertzuwachses von Gold führten zu einer Rezession in 2020. Im Jahr 2021 erholte sich das BIP jedoch leicht und wies ein leichtes Wachstum vom 3.1% auf. Die seitens der ECOWAS anlässlich des Putsches 2021 verhängten Handelssanktionen wurden Mitte 2022 aufgehoben. Zu wichtigen Handelspartnern Malis gehören jedoch mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich auch China eher internationale Partner. Der Anteil des Handels mit diesen Ländern macht mehr als einem Viertel am gesamten Außenhandel aus.

Bezüglich des malischen Bildungssystems besteht noch viel Reformbedarf. Schätzungen von [UNICEF](#) gehen davon aus, dass über zwei Millionen Kinder zwischen 5 und 17 Jahren nicht zur Schule gehen und über die Hälfte der 15 bis 24-Jährigen weder lesen noch schreiben können. Nur eine Minderheit der Kinder besucht im Anschluss an die Grundschule eine weiterführende Schule. Unter dem 2013 gewählten Präsidenten Keita, der im August 2020 zurücktrat, wurde daher das Ziel postuliert, langfristig bessere Voraussetzungen für Bildung im Land zu schaffen. Eine der größten Herausforderungen ist dabei das anhaltende Bevölkerungswachstum: 2014 waren 48 Prozent der Einwohner:innen Malis jünger als 15 Jahre alt. Immense sozioökonomische Probleme wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit von über 17 Prozent stellen für radikalislamistische Terrororganisationen eine optimale Ausgangssituation zur Rekrutierung neuer Mitglieder dar.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung weist Mali eine Reihe besorgniserregender Indikatoren auf, darunter unzureichender Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, fehlende Sanitäreinrichtungen sowie mangelndes sauberes Trinkwasser. Unter- und Mangelernährung sind weit verbreitet und die Bevölkerung ist anfällig für schwere Krankheiten wie Malaria oder Cholera. Auch, wenn es über die letzten Jahre gelang die Kinder- und Müttersterblichkeit etwas zu senken, sind diese immer noch [WHO-Angaben](#) immer noch unter den höchsten weltweit. Um das Gesundheitssystem zu verbessern, wurde ein nationales Entwicklungsprogramm implementiert. In diesem Rahmen wurden zahlreiche neue Gesundheitszentren geschaffen, die sich insbesondere um Impfungen gegen die wichtigsten ansteckenden Krankheiten kümmern.

Die malische Regierung hat nach der Gewalteskalation 2013 ihre Militärausgaben in deutlich erhöht. Betragen die Militärausgaben 2014 noch 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), stiegen diese zu 2020 auf 3,3 Prozent an. Im Jahr 2020 erreichte das Volumen dieser Ausgaben den Rekordwert von 594 Millionen US-Dollar. Die Ausgaben sanken zwar 2021 wieder, liegen aber mit 2,8 Prozent angesichts der des BIP immer noch sehr hoch. Seit 2018 ist eine kontinuierlich steigende Militarisierung des Landes zu verzeichnen, die jedoch die Sicherheitslage kaum positiv beeinflusste. Auch nach der Machtübernahme änderte sich daran nichts. Angesichts dieser Tatsache und des rückläufigen

HDI-Wertes des Landes besteht daher die Gefahr, dass hohe Militärausgaben und ein weiterer Influx an Waffen die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes auch nachteilig beeinflussen können.